

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 5/2009

29. Mai 2009

Mit dem Beschluss des Doppelbudgets 2009/2010 geht eine mehrwöchige intensive Arbeitsphase im Parlament zu Ende. Alle Kapitel der Bundesbudgets wurde in einzelnen Ausschuss- und Plenarsitzungen debattiert. Über die wichtigsten Eckpunkte sowie über das Budgetbegleitgesetz möchte ich hier einen Überblick geben.

Budget 2009/2010 als Schrittmacher in schwieriger Phase

Das Budget ist der Schrittmacher, um gerade in einer schwierigen Wirtschaftsphase die Arbeitsplätze zu sichern, die Wirtschaft anzukurbeln und die Menschen zu entlasten. Daher wird vom Staat auch gezielt mehr Geld in die Hand genommen. Übergeordnetes Ziel bleibt es, nach der Talsohle umso schneller wieder den Aufschwung zu schaffen.

Insgesamt sind im Budget 2009 Einnahmen von 63,88 Mrd. Euro und Ausgaben von 77,44 Mrd. Euro veranschlagt. Für 2010 sind Ausgaben von 70,73 Mrd. Euro und Einnahmen von 57,59 Mrd. Euro vorgesehen. Das gesamtstaatliche Defizit nach den in der EU geltenden Maastricht-Kriterien macht heuer 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung aus, 2010 dann 4,7 Prozent. Dass die Einnahmen sinken, hat im wesentlichen zwei Ursachen: die zurückgehenden Steuererträge wegen der Wirtschaftskrise sowie die Entlastung durch die Steuerreform 2009, die ab heuer budgetwirksam wird.

Die wichtigsten Impulse

- Mit den Konjunkturpaketen von knapp 3 Milliarden Euro werden Impulse für die Wirtschaft gegeben sowie Rezession und Arbeitslosigkeit bekämpft.
- Die Steuerreform um 3,2 Milliarden Euro stärkt Kaufkraft und Konsum.
- Um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, stehen in den nächsten beiden Jahren jeweils über 5,5 Milliarden Euro für Arbeitsmarktpolitik bereit.
- Für die Sicherheit gibt es 5,6 Milliarden Euro im Jahr 2009 und 5,7 Milliarden im Jahr 2010. Die Aufstockung macht es möglich, dass 1.000 neue Polizisten aufgenommen und Asylverfahren beschleunigt werden können.
- Auch für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden höhere Budgetmittel bereitgestellt.

Aus den Budgetbegleitgesetzen

Parallel zum Budget wurde auch das Budgetbegleitgesetz beschlossen. Es enthält 66 Gesetzesänderungen und fünf neue Gesetze, die direkt mit dem Budget in Verbindung stehen.

Beitrag zur Sanierung der Krankenkassen

Zur Sanierung der Krankenkassen werden für die nächsten beiden Jahre rund 730 Millionen Euro aus Bundesmitteln bereitgestellt. 45 Millionen Euro werden bereits 2009 an jene Gebietskrankenkassen verteilt, die 2008 negativ bilanziert hatten.

./2

Justiz wird entlastet

Zur Entlastung der Justiz werden die Schöffensenate verkleinert und die Zuständigkeiten von Drei-Richter-Senaten verringert. Erhöht werden die Gerichtsgebühren sowie die Tagsätze für Geldstrafen.

Erhöhung des KMU-Haftungsrahmens

Einen Impuls für unsere Klein- und Mittelbetriebe bedeutet die Änderung des KMU-Förderungsgesetzes. Die Rahmen für die Haftungsübernahme der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank werden von 250 auf 500 Millionen Euro, die Obergrenze für die Haftungsübernahme im Einzelfall von zwei auf vier Millionen Euro erhöht. Diese Aktion ist bis Ende 2010 befristet.

Neu: Kinderpass und "Ein-Tages-Expresspass"

Künftig darf EU-weit ein Reisepass nur noch auf eine einzige Person ausgestellt sein. Auch Kinder brauchen demnach einen eigenen Pass. Unter anderem dient das der Vorbeugung von Kinderhandel und Entführungen. Eine Novelle des Passgesetzes bringt die Umsetzung der Richtlinie in Österreich. Die neuen Pässe werden mit einem elektronischen Chip ausgestattet, die ermäßigte Gebühr für Kinder beträgt 30 Euro. Bestehende Miteintragungen von Kindern bei den Eltern bleiben noch maximal drei Jahre gültig.

Für Akutfälle wird ein Expresspass eingeführt, der binnen eines Arbeitstages ausgestellt wird. Er hat gegenüber einem Notpass den Vorteil, dass er wie ein normaler Reisepass digitale Merkmale hat.

Politikerbezüge werden "eingefroren"

Die Höhe der Bezüge von aktiven Politikern sowie allfälliger Politikerpensionen wird bis Ende 2010 eingefroren. Davon erfasst sind u.a. der Bundespräsident, die Regierungsmitglieder, die Abgeordneten von Nationalrat und Bundesrats, der Rechnungshofpräsident und die drei Volksanwälte.

Dienstrechtliche Änderungen für Lehrer

In Umsetzung der Einigung zwischen Unterrichtsministerin und Lehrern gibt es auch Änderungen im Schulwesen. Lehrer müssen künftig mehr Supplierstunden leisten und die Kürzungen von Zulagen hinnehmen. Außerdem wird auch für diese Berufsgruppe ein Altersteilzeitmodell eingeführt.

Mit den besten Wünschen

Franz Glaser
Abgeordneter zum Nationalrat